



## **Niederschrift**

über die Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln am 26.05.2020.

Sitzungsort: im Bürgerzentrum Schulze Frenking, Schulze Frenkings Hof 40, 48301 Nottuln  
Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 21:27 Uhr

## **Anwesenheitsliste**

### **Vorsitzende**

Manuela Mahne Bürgermeisterin

### **Ratsmitglieder**

Dr. Julian Allendorf	CDU
Hermann Büßing	CDU
Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen
Wolfgang Danziger	SPD
Günter Dieker	SPD
Dr. Susanne Diekmann	Bündnis 90/Die Grünen
Manfred Gausebeck	SPD
Martin Gesmann	CDU
Norbert Gosekuhl	CDU
Margarete Große Wiesmann	CDU
Wolf Haase	SPD
Karl Hauk-Zumbülte	UBG
Stephan Hofacker	ÖLiN
Thomas Hülsken	CDU
Ludger Jaxy	ÖLiN

Claudia Jürgens	SPD
Brigitte Kleinschmidt	UBG
Volker Ludwig	SPD
Heinz Mentrup	CDU
Klaus Overesch	CDU
Roswitha Roeing-Franke	CDU
Christian Rose	CDU
Hartmut Rulle	CDU
Georg Schulze Bisping	CDU
Klaus Teichmann	UBG
Jutta Tiefenbach	UBG
Friedhelm Timpert	CDU
Martin Uphoff	Bündnis 90/Die Grünen
Marco Upmann	CDU
Jan Van de Vyle	UBG
Herbert van Stein	UBG
Michael Volbers	SPD
Helmut Walter	FDP
Markus Wrobel	FDP

**Von der Verwaltung**

Doris Block

Jonas Sonntag

**Schriftführung**

Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

## **A. Öffentliche Sitzung**

<b>1</b>	<b>Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</b>
----------	--

Die Bürgermeisterin stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

<b>2</b>	<b>Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt</b>
----------	---

Zur Unterzeichnung der heutigen Sitzungsniederschrift wird einstimmig Ratsherr Danziger bestimmt.

<b>3</b>	<b>Mitteilungen</b>
----------	---------------------

Die Bürgermeisterin verliest den Antrag auf Änderung der Kulturförderrichtlinien vom 13.05.2020 sowie den Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 85 vom 30.04.2020 und verweist diese an die entsprechenden Fachausschüsse.

Ratsherr Rulle beantragt, den nichtöffentlichen TOP B 2 „Investorenauswahlverfahren für den Neubau einer Kita im Baugebiet Nottuln-Nord“ auch öffentlich beraten zu lassen. Ratsherr Ludwig schließt sich dieser Auffassung an. Die Bürgermeisterin erklärt, diesen Antrag nicht annehmen zu wollen, da die Geschäftsordnung für den Rat diese Vorgehensweise nicht zulasse. Auch handele es sich bei dem zur Beratung anstehenden TOP bereits deshalb um eine nicht-öffentliche Angelegenheit, da es um Vergabe- und Vertragsangelegenheiten gehe (§ 6 Abs. 3b), c) und g) der Geschäftsordnung für den Rat). Einen nichtöffentlichen TOP werde sie im Verlauf der Sitzung nicht in einem öffentlichen und nichtöffentlichen Teil getrennt beraten lassen. Ratsherr Rulle verdeutlicht, diesen Sachverhalt von der Kommunalaufsicht klären lassen zu wollen. Ratsherr Van de Vyle rät von dieser Beratungsmethodik dringend ab. Damit sei der Weg frei, künftige Beratungspunkte nach öffentlichen und nichtöffentlichen Blickwinkeln stets isoliert diskutieren zu können.

Die Bürgermeisterin stellt den Sachverhalt zu dem Brand an der Sebastian Grundschule in Darup dar. Sie bedankt sich für den Einsatz der Feuerwehr und spricht den Daruper Bürgern ein großes Lob für die Unterstützung aus. Die Brandursache sei eine Biotonne unter einem Dachunterstand gewesen. Treffen vor Ort mit der Kripo, der Versicherung und dem Gebäudemanagement habe es bereits gegeben. Bei der Schulleitung bestehe der Wunsch, am Ort bleiben zu wollen. Kurzfristig werden zwei Klassenräume wieder hergerichtet sein und zur Verfügung stehen. Es sei vorgesehen, bis zu den Sommerferien mit der Sanierung zweier weiterer Räume und eventuell auch des Lehrerzimmers fertig zu sein.

Zu dem Sachverhalt „Westfleisch“ gebe es Neuinfizierte und damit eine Quarantäneverlängerung, so die Bürgermeisterin. In der Kolpingbildungsstätte in Coesfeld erfolge eine zentrale Unterbringung und Versorgung der Personen. Damit seien die permanenten Kontrollen vor Ort nicht mehr notwendig. Die Bürgermeisterin bedankt sich bei der Feuerwehr für die Bereitstellung eines Fahrzeuges.

Weiterhin teilt die Bürgermeisterin mit, dass es am 26. Mai zu einer Einigung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden gekommen sei, in den Monaten Juni und Juli 2020 den Eltern die Hälfte der Elternbeiträge zu erlassen. Den Ausfall der Beiträge werden sich Land und Kommunen je zur Hälfte teilen. Zu dieser Verfahrensweise gebe es bereits einen zentralen Ratsbeschluss vom 28.04.2020 (Vorlage 048/2020). Insofern sei ein weiterer Beschluss nicht mehr notwendig.

#### **4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Ein Bürger aus Darup fragt nach Alternativen, falls es durch den Brand an der Sebastian Grundschule zu zeitlichen Verzögerungen bei der Instandsetzung kommen sollte. In diesem Fall sieht die Bürgermeisterin kein Problem zu reagieren, da Unterbringungsmöglichkeiten für außerschulischen Unterricht bestehen. Sie sei aber zuversichtlich, den Zeitplan einhalten zu können.

#### **5 Anträge**

##### **5.1 Antrag der UBG vom 29.02.2020 hier: Förderung der geplanten Umbau- oder Neubaumaßnahmen der Feuerwehrgerätehäuser Vorlage: 042/2020**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 1 beigelegt.

Ratsherr Van de Vyle teilt mit, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung die Prüfung der Fördermöglichkeiten der Feuerwehrgerätehäuser durch die Verwaltung noch nicht bekannt gewesen sei und stimmt dem Mitgliedsbeitrag an die Kommunal Agentur NRW zu.

## **Beschluss:**

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

## **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**5.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 26.04.2020**  
**Resolution: Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten - Kommunen und kommunale Unternehmen unter den Rettungsschirm**  
**Vorlage: 060/2020**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 2 beigelegt.

Ratsherr Ludwig möchte die Resolution an die Landesregierung richten, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen mit echten finanziellen Mitteln zu erhalten. Die Resolution könne um die zentralen Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (siehe Anlage 2 der Beschlussvorlage) erweitert werden. Ratsherr Rulle unterstützt den Antrag, da die Kommune als Auftraggeber für die heimische Wirtschaft wichtig sei. Die Erhaltung der Liquidität durch die Klärung der Altschuldenfrage, die häufig zulasten des ländlichen Raums gehe, lehne er ab. Ratsherr Walter sieht keine zielführende Diskussion auf der Ebene der Kommune. Dies sei Landessache. Ratsherr Van de Vyle erklärt, sich bei der Abstimmung enthalten zu wollen, da das zu beratende Thema Landespolitik und nicht für Nottuln spezifisch sei. Ratsherr Danziger sieht hingegen in der Zielsetzung der Resolution das Finden einer breiten Mehrheit für eine Unterstützung. Dies betreffe auch Nottuln. Frau Block macht deutlich, dass sich die Altschuldenfrage auf Liquiditätskredite beziehe. Dies gelte nicht für Nottuln. Der Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion wird um die zentralen Forderungen des Dt. Städte- und Gemeindebundes ergänzt. Die von der SPD geforderte Klärung der Altschuldenfrage wird gestrichen.

## **Beschluss:**

### **Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion:**

Der Rat der Gemeinde Nottuln fordert die Landesregierung auf,

- Mittel aus dem Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise zur Kompensation kommunaler Steuerausfälle zur Verfügung zu stellen,
- kommunale Unternehmen in den Rettungsschirm des Landes einzubeziehen,
- die in den Kommunen zusätzlich benötigte Liquidität sicherzustellen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja 29 Nein 0 Enthaltung 6

einstimmig angenommen

<b>6</b>	<b>Angelegenheiten des Rates und seiner Ausschüsse</b>
----------	--

<b>6.1</b>	<b>Umbesetzung von Ausschüssen, hier: Antrag der UBG vom 09.03.2020 Vorlage: 044/2020</b>
------------	---

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 3 beigefügt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

## **Beschluss:**

Herr Waldemar Bogus wird stellvertretender sachkundiger Bürger im Ausschuss für Familie, Soziales, Bildung und Freizeit.

## **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

<b>7</b>	<b>Digitalisierung der Verwaltung Vorlage: 023/2020/1</b>
----------	---

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 4 beigefügt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

## **Beschluss:**

Die im Sachverhalt zusammengestellten Informationen werden zur Kenntnis genommen. Der Antrag gilt damit als erledigt.

## **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**8 Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 60 Gemeindeordnung NW**

**Abwägung einer Öffnung des Wellenfreibades unter Pandemiebedingungen  
Vorlage: 059/2020/1**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 5 beigefügt.

Frau Block informiert über die Öffnung des Wellenfreibades am 30. Mai. An der Umsetzung werde mit Hochdruck gearbeitet.

**Beschluss:**

**Der in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.05.2020 mit mehrheitlicher Zustimmung gefasste Dringlichkeitsbeschluss (Ja 15, Enthaltung 1, Nein 3) gem. § 60 Abs. 1 GO NRW wird vom Rat genehmigt:**

Das Wellenfreibad wird frühestens am 30.05.2020 für die Sommersaison entsprechend der Sachverhaltsdarstellung geöffnet. Sollte sich aus dem gemeinsamen Jahresabschluss der Wasser- und Energieversorgung/Bäder zum 31.12.2020 ein negatives Jahresergebnis ergeben, wird der Verlust durch den Gemeindehaushalt ausgeglichen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**9 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Bildung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) „Baumberge Touristik“  
Vorlage: 045/2020**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 6 beigefügt.

Ratsherr Rulle begrüßt, dass sich Kommunen für eine Zielerreichung zusammenschließen. In dem Vertrag fehlen ihm jedoch Impulse aus Nottuln, wie z.B. den Einsatz von Social Media. Die Bürgermeisterin erklärt, dass es die Zusammenarbeit schon lange gebe; nun seien für die Touristiker die Aufgabenbereiche festgelegt worden. Es handele sich um einen grundsätzlichen Rahmenvertrag. Social Media sei aber in den Köpfen der Touristiker stark verankert. Ratsherr Walter findet keine Hinweise auf den Masterplan 2026. Dies müsse grundsätzlich in einer der nächsten Fachausschuss-Sitzungen erörtert werden.

## **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt den Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Bildung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) „Baumberge Touristik“ entsprechend der beigefügten Anlage 1, vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunen Coesfeld, Billerbeck, Havixbeck und Rosendahl.

## **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

<b>10</b>	<b>Haushaltsangelegenheiten</b>
<b>10.1</b>	<b>Freiwillige Konsolidierungsvereinbarung zum Haushalt 2020</b> <b>Vorlage: 061/2020</b>

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 7 beigefügt.

Ratsherr Van de Vyle erklärt, dass die Konsolidierungsberatung im Haupt- und Finanzausschuss zwar lang und schwierig, aber am Ende ein Erfolg gewesen sei. Die Berücksichtigung von Finanzmitteln in Höhe von 100 T€ für den ÖPNV könne er aber nicht nachvollziehen, da es für die Maßnahme niemals einen Antrag gegeben habe. Ebenso sei nicht bekannt, für welche Umsetzung diese zusätzlichen Mittel ständen. Desgleichen seien Projekte gestrichen bzw. verschoben worden, die im Ergebnis die Wirtschaft schwächten. Ratsherr Danziger möchte über Einzelthemen nicht mehr beraten. Für ihn sei die Gesamtliste wichtig. Vorhaben für den ÖPNV seien vorhanden, wie z.B. die Initiative für die Buslinie C 85. Es bestehe noch Handlungsbedarf für moderate Fahrpreise im innerörtlichen Verkehr. Gegen die Corona-Krise könne nicht gespart werden. Dies werde nicht gelingen und hofft auf Finanzmittel vom Land. Als Ergänzung zum bestehenden Beschlussvorschlag beantragt die SPD folgende Hinweise aufzunehmen:

- 1 Es werden alle Möglichkeiten des geltenden HH-Rechts ausgeschöpft, um die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Gemeindehaushalt so gering wie möglich zu halten (z.B. Abschreibung Corona-Kosten über 50Jahre).
- 2 Darüber hinaus werden die Möglichkeiten der Änderung des 2. NKFVG (gültig ab 01.01.19) genutzt, wenn sich daraus Vorteile für den Gemeindehaushalt ergeben.
- 3 Erläuterung: u.a. Änderung des § 91 Gemeindeordnung (Einführung Wirklichkeitsprinzip). Damit sind Abschreibungen von Unterhaltungsmaßnahmen für Gebäude und Straßen (wie eine Investition) erlaubt.

Frau Block informiert, dass trotz der Kosteneinsparung in Höhe von rund 700 T€ das geplante negative Jahresergebnis in Höhe von 1,8 Mio. € um weitere 1,0 Mio. € auf -2,8 Mio. € wegen der Reduzierung der Einkommen- und Gewerbesteuer (1,7 Mio. €) korrigiert werden müsse. Die ma-



ximale Entnahme aus der Rücklage (5 % = 2,3 Mio. €) werde damit um 500 T€ überschritten. Die insgesamt negative Auswirkung der Konsolidierungsvereinbarung auf die Liquidität betrage durch den Wegfall der Einnahmen -63 T€. Weiterhin erläutert Frau Block die Bilanzierungshilfen aus dem Entwurf des NKF-COVID-19-Isolierungsgesetzes vom 20.05.2020. Die Verwaltung werde die in diesem Gesetz dargestellten Möglichkeiten prüfen und umsetzen. Ratsherr Rulle spricht der Verwaltung in Finanzfragen sein Vertrauen aus und bestätigt den vorberatenden Beschluss im Haupt- und Finanzausschuss vom 13.05.2020 zu dem Konsolidierungsprogramm. Auf Wunsch von Herrn Ludwig wird die Sitzung von 19:59 Uhr bis 20:09 Uhr unterbrochen.

Ratsherr Danziger zieht den Antrag mit den Ergänzungen zur bestehenden Beschlussvorlage zurück, da deutlich wurde, dass die Verwaltung bereits alle haushaltrechtlichen Möglichkeiten zur Corona-Krise geprüft habe. Mit dem Antrag wollte er alle Möglichkeiten nochmals deutlich machen, der keine Kritik an die Verwaltung darstelle. Ratsherr Hofacker erklärt, dass er der Konsolidierungsvereinbarung nicht zustimmen könne, da der Kunstrasenplatz in Darup umgesetzt werde. Ebenso sei der ÖPNV nicht ausreichend bedacht worden.

## **Beschluss:**

Die freiwillige Konsolidierungsvereinbarung wird mit den vorberatenden Änderungen aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.05.2020 beschlossen.

Die freiwillige Konsolidierungsvereinbarung bildet den Handlungsrahmen für die Haushaltbewirtschaftung 2020.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja 26 Nein 6 Enthaltung 3

mehrheitlich angenommen

<b>10.2      Anpassung Förderprogramm Gute Schule 2020</b> <b>Vorlage: 053/2020</b>
--

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 8 beigefügt.

Frau Block erklärt den Sachverhalt. Sie informiert, dass das Förderprogramm Gute Schule 2020 am 11.07.2017 (Vorlage 105/2017) verabschiedet worden sei. Für die Anpassung des Förderprogramms werde für die Beantragung und Abrechnung der Finanzmittel bei der NRW.BANK ein weiterer Ratsbeschluss benötigt. Sie erläutert, dass die Finanzierung für die am 11.07.2017 verabschiedete Maßnahme „Netzinfrastruktur in den Schulen“ nunmehr aus dem Digitalpakt Schule erfolge. Die Maßnahmen Sanierung der Flure in der St. Marien Grundschule Appelhüsen und die Beleuchtung an den Grundschulen werden aus dem laufenden Haushalt umgesetzt. Somit seien

Gelder frei für Instandhaltungsmaßnahmen in der Astrid Lindgren Schule in Höhe von 70 T€. Weiterhin stehe ein Betrag von 60 T€ für Instandhaltungsmaßnahmen und Dachdecker-/Maurerarbeiten im Gymnasium zur Verfügung.

## **Beschluss:**

Der Rat beschließt die Anpassung des Rahmenkonzeptes zur Verwendung der Mittel „Gute Schule 2020“ mit der Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Instandhaltungsmaßnahmen in der Astrid Lindgren Schule in Höhe von 70.000,- €
2. Instandhaltungsmaßnahmen, Maurer- und Dachdeckerarbeiten im Rupert-Neudeck-Gymnasium in Höhe von 60.000,- €

## **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

<b>11</b>	<b>Bau- und Planungsangelegenheiten</b>
<b>11.1</b>	<b>Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 "Zwischen Nieder- und Oberstockumer Weg und Auf dem Esch" Gemarkung Nottuln, Flur 80, Flurstück 298, Auf dem Esch 10 Vorlage: 026/2020</b>

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 9 beigefügt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

## **Beschluss:**

Ein Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 „Zwischen Nieder- und Oberstockumer Weg und Auf dem Esch“ wird im Verfahren nach § 13a BauGB mit dem Ziel eingeleitet, eine Verschiebung der Baugrenzen im Änderungsbereich (siehe Anlage 1) herbeizuführen, um die überbaubaren Grundstücksflächen im rückwärtigen Grundstücksbereich im Sinne der Nachverdichtung anzupassen.

Hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja 0 Nein 34 Enthaltung 1

einstimmig abgelehnt

**11.2 Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW  
hier: wohnbauliche Entwicklung "Darup innovativ"  
Vorlage: 037/2020/1**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 10 beigelegt.

Ratsherr Hofacker erklärt, dass die Ausweisung von Wohngebieten (evtl. für 100 Einfamilienhäuser) ein Verfahren aus den 70er-Jahren darstelle und klimatechnisch als „super Gau“ bezeichnet werden müsse. Mit dieser Handlungsweise könne kein Dorf gerettet werden. Die Entwicklung innovativer Formen, wie z.B. beim Hof Schoppmann, sollte verfolgt werden. Insofern könne er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

## **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlussvorschläge 1 und 2 (siehe Anlage 1) mit der Regionalplanungsbehörde bei der Bezirksregierung Münster in den ohnehin anstehenden Kommunalgesprächen zur Anpassung des Regionalplans an den neuen Landesentwicklungsplan NRW zu erörtern. So die angeregten zeichnerischen Festlegungen im Regionalplan rechtlich möglich und tatsächlich regionalplanerisch und in der Folge städtebaulich sinnvoll umsetzbar sind, gibt die Gemeinde Nottuln im Rahmen des anstehenden Regionalplanänderungsverfahrens eine entsprechende Stellungnahme ab. Diese wird dem Rat zuvor vorgelegt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, i.S.d. Beschlussvorschlags 3 (siehe Anlage 1) zunächst die städtebauliche Eignung potenzieller Wohnbauflächen in Darup zu prüfen. Dabei werden insbesondere die von den Anregungsgebern ausdrücklich genannten Flächen in die Prüfung einbezogen.
3. Nach näherer Befassung mit den unter 1. und 2. aufgeführten Prüfaufträgen, gibt die Verwaltung in der Sache einen allgemeinen Sachstandsbericht in einer Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja 33 Nein 2 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

**11.3 Satzungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 36**  
**Vorlage: 173-1/2018**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 11 beigelegt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

1. Der Abwägung der zur 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 36 „Westlich der Dülmener Straße“ abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 vorgeschlagen, zugestimmt.
2. Die vorliegende 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 36 „Westlich der Dülmener Straße“ (siehe Anlage 2) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**11.4 Widmung von Straßen**  
**hier: Am Hagenbach**  
**Vorlage: 047/2020**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 12 beigelegt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Die Straße Am Hagenbach wird wie in der in Anlage 1 rot dargestellten Abgrenzung gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 6 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz NRW gewidmet und gemäß § 6 Abs. 3 Straßen- und Wegegesetz NRW als Gemeindestraße eingestuft.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**11.5 Entwicklung ÖPNV Nottuln**  
**Vorlage: 030/2020**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 13 beigefügt.

Ratsherr Rulle stellt fest, dass der ÖPNV immer wieder ein zu beratender Tagesordnungspunkt in Sitzungen sei. Die in der Beschlussvorlage dargestellten Vorschläge bewertet er als vage. Die in den Haushalt zusätzlich eingestellten 100 T€ für den ÖPNV seien notwendig, um mehr Mobilität erreichen zu können. Herr Sonntag unterstreicht, dass diese Thematik dem Fachbereich 5 zuzuordnen sei und weitere Beratungen im Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen stattfinden werden.

**Beschluss:**

1. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit verkehrsplanerischer Unterstützung den Prozess der Optimierung des lokalen ÖPNV voranzutreiben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**11.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen vom 14.01.2020**  
**hier: Unterzeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“**  
**und Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V.**  
**Vorlage: 051/2020**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 14 beigefügt.

Ratsherr Walter befürwortet den Antrag. Er schlägt vor, die Mitgliedschaften im Anhang der Jahresabschlüsse künftig mit den Beitragsverpflichtungen darzulegen.

**Beschluss:**

Die Gemeinde Nottuln unterzeichnet die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ und tritt dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V. zunächst für ein Jahr bei.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 25 Nein 9 Enthaltung 1

mehrheitlich angenommen

**11.7 Sachstand zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 139 "Appelhülsen, südlich des Sportplatzes"**  
**Vorlage: 005/2019/1**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 15 beigelegt.

Herr Sonntag verweist auf Gespräche mit den Anliegern, die jedoch erfolglos geblieben seien. Optional ziehe er in Betracht, die Endlosschleife dieses Bauleitverfahrens zu beenden. Das Problem der Erschließung sei nicht zu lösen, so Ratsherr Schulze Bispin. Insofern solle die Warteschleife beendet und das Verfahren aufgelöst werden. Ratsherr Ludwig hebt hervor, die ursprüngliche Planung für die Erschließung des Baugebietes über den bestehenden Weg zu beschließen.

**Beschluss:**

Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Erschließung der Planfläche des Bebauungsplans Nr. 139 „Appelhülsen, südlich des Sportplatzes“ aus rechtlichen und/oder tatsächlichen Gründen nicht möglich.

Der dazu am 19.03.2019 zu VL 005/2019 ergangene Beschluss des Rats wird in Gänze aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**11.8 Radverkehrskonzept des Kreises Coesfeld**  
**hier: Diskussion über Eingaben der Fraktionen als Reaktion auf VL 014/2020**  
**Vorlage: 014/2020/1**

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 16 beigelegt.

Herr Sonntag informiert, dass der Informationsstand zum Sachverhalt dem Zeitpunkt der Vorlageerstellung entspreche.

**Beschluss:**

1. Die Gemeinde Nottuln erarbeitet eine Stellungnahme zum Klimaschutzteilkonzept Radverkehr des Kreises Coesfeld und stimmt diese mit der Politik ab. Die Anregungen des Antrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 16.01.2020 sowie der SPD vom 16.02.2020 fließen in die Stellungnahme ein. Die übrigen Fraktionen können bis zum 06.03.2020 eine

Stellungnahme bei der Verwaltung abgeben.

2. Die Gemeindeverwaltung erweitert das Konzept um den innerörtlichen Radverkehr.
3. Die konkreten Maßnahmen zum Radverkehr werden mit der Politik abstimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

<b>12</b>	<b>Satzungsangelegenheiten</b>
<b>12.1</b>	<b>Satzung über die Straßenreinigung - Ergänzung der Anlage zu § 1 Abs. 1 Vorlage: 003/2020</b>

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 17 beigefügt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

### **Beschluss:**

Die Satzungsänderung wird entsprechend der Anlage beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

<b>12.2</b>	<b>Satzung über den Wochenmarkt der Gemeinde Nottuln (Wochenmarktsatzung) vom 03. Februar 2020 in der Fassung vom 28. März 2020 Vorlage: 032/2020</b>
-------------	---

Die Beschlussvorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 18 beigefügt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

### **Beschluss:**

- 1 Die Satzung über den Wochenmarkt der Gemeinde Nottuln (Wochenmarktsatzung) vom 05. Juli 1983 in der Fassung vom 22. Mai 1984 wird aufgehoben.

- 2 Der in Anlage 1 abgedruckte Entwurf der „Satzung über den Wochenmarkt der Gemeinde Nottuln (Wochenmarktsatzung)“ wird als Satzung beschlossen.
- 3 Die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Bestimmung der zusätzlichen Gegenstände des Wochenmarktverkehrs auf dem Nottulner Wochenmarkt in der Fassung vom 26.03.1982 wird aufgehoben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 28 Nein 5 Enthaltung 2

mehrheitlich angenommen

<b>13</b> <b>Verschiedenes</b>
--------------------------------

Die Fragen der Politik werden von der Verwaltungsleitung beantwortet.

---

Manuela Mahnke  
Vorsitzende

---

Wolfgang Danziger  
Ratsmitglied

---

Elke Schulz  
Schriftführerin